



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

239 (24.5.1922) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-203647](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-203647)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung monatlich ...

Anzeigenpreise: Die kleine Seite Nr. 6 — monatl. ...

Beilagen: Der Sport o. Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz. Recht. Mannh. Frauen-Zeitung. Mannh. Musik-Zeitung. Bildung u. Unterhaltung. Feld u. Garten. Wandern u. Reisen.

Die Reparationsverhandlungen.

(Paris, 24. Mai.)

Mittlich wird die Meldung der „Chicago Tribune“ bestätigt, daß eine vorläufige Einigung zwischen Dr. Hermes und der Reparationskommission zustande gekommen sei. Die einzelnen Punkte der vorläufigen Einigung werden noch nicht bekanntgegeben. Die vorläufige Einigung wird jedoch in politischen Kreisen dahin ausgelegt, daß der Verhandlungsstoff erschöpft ist und daß Minister Dr. Hermes das äußerste Maß der Anteile zugeständnisse kennen lernte. An die Frage des Garantieproblems sei man jedoch noch nicht herangetreten, da zunächst im allgemeinen die Anleihefrage geregelt werden müsse. Von Seiten der Reparationskommission sei nicht nur die Verpfändung der Zolleinnahmen, sondern auch der Reichseisenbahn gefordert worden. Die Vollmachten Dr. Hermes bezogen sich jedoch nur auf die Frage der Zolleinnahmen, während er über die Verpfändung der Reichseisenbahn zu verhandeln nicht autorisiert sei.

Von anderer Seite wird erklärt, daß das Gesamtergebnis der Verhandlungen von dem Ergebnis der Besprechungen über eine Reparationsanleihe abhängt. In alliierten Kreisen sei man sich jetzt darüber klar, daß Deutschland aus eigenen Mitteln die Reparationsleistungen vorläufig nicht mehr aufbringen könne. Es müsse daher unbedingt zu einer Anleihe kommen. Deutschland habe sich bereit erklärt, alles Erforderliche zu tun, um der Roten Inflation ein Ende zu machen. Wie es heißt, wird Dr. Hermes vor seiner Abreise die deutschen Pressevertreter in Paris empfangen und ihnen über den Stand der Verhandlungen mit der Reparationskommission berichten.

Von Berliner amtlicher Stelle wird über die Verhandlungen des Reichsfinanzministers in Paris noch nichts mitgeteilt, da erst der mündliche Bericht von Dr. Hermes abgemeldet werden soll.

Regierungsbesprechungen.

Berlin, 24. Mai. (Von unv. Verl. Büro.) Man behauptet uns, daß der Kanzler in der Tat gestern Fraktionsführer bereits in sein Vertrauen gezogen hat, aber einmüßig nur die aus den Reihen der Regierungsparteien, und auch sie nur einzeln, nicht, wie das sonst wohl üblich zu sein pflegt, im Rahmen einer gemeinsamen Besprechung. Wer aber immer mit dem Kanzler geredet hat, ist zu unbedingtem Stillstande verpflichtet worden.

Immerhin gewinnt man den Eindruck, daß die Pariser Verhandlungen des Finanzministers an einen kritischen Punkt gelangt sind. Es scheint sich jetzt um Bemerkungen zu handeln, die uns gestellt werden sollen, und kommen weiter gegangen, als man es hier für angebracht hält.

Aus solchen Zusammenhängen heraus wären wohl auch die telegraphischen Informationen zu erklären, die man gestern hat. Herr Dr. Hermes nachzufinden für notwendig gehalten hat. Die Besprechungen im Kabinett — auch das weiter fortgesetzt; ebenso will der Kanzler in der Anforderung der Fraktionsführer fortfahren. Die Fraktionsführungen haben, soweit solche überhaupt stattfanden, sich gestern mit dem Thema von Reparationen und Anleihe noch nicht beschäftigt. Die Deutsche Volkspartei hat überhaupt gestern keine Fraktionsführung abgehalten. Die Demokraten aber haben bei der ihrigen nach unserer Kenntnis sich mit den Geschehnissen beschäftigt, die der Verabschiedung harren.

Das Parlament durchschneidet ein Gerücht, daß die Währungsreform erst am Freitag anheben sollen; der Widerstand dieser Ansicht ist sehr groß. Wir glauben aber die Ansicht weitestgehend auszusprechen, wenn wir sagen, daß schließlich Pfingsttag und was damit zusammenhängt, aber etwas Wichtigeres sein Schicksal zu treuen Händen anvertraut hat, das Wichtigste seien, die immer unfruchtbar bleiben und sei auf dem Posten, man es gilt, an Pfingsten oder wann es sein mag. Oder ist man in der Volkvertretung zur Ansicht gekommen, daß ihr mit dabei sein zuletzt recht überflüssig ist?

Berlin, 24. Mai. (Von unv. Verl. Büro.) Im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages erstattete heute vorüber die Konferenz von Genua. Die Verhandlungen sind vertraulich.

Die verheerenden Friedensverträge.

London, 24. Mai. In dem Artikel Rahms in der „Times“ heißt es: Der Versuch, einen Teil der Verantwortung für die Fortsetzung der Unordnung in Europa der Nicht-Entscheider Amerikas am Völkerbund zuzuschreiben, sei wenig klug, als der Versuch, ein Teil des Schadens der aus den verhängnisvollen Fehlerhaftigkeit der Friedensverträge entstehen mußte, auf Amerika abzuwälzen. Die Friedensverträge hätten, wie deutlich vorausgesetzt wurde, dazu geführt, daß das wirtschaftliche und soziale Leben eines großen Teils von Europa in Unordnung gebracht wurde, und daß die Erzeugungskraft und Verbrauchskraft der Völker durch diesen Frieden gänzlich gelähmt seien. Für England, dessen Wohlfahrt mehr als das aller anderen Länder

von dem Handel mit aller Welt abhängt, seien die Irrtümer der Friedensverträge nachteiliger wie für jedes andere Land, abgesehen von den früheren Feindstaaten. Die Friedensverträge seien gänzlich verheerend. Englands Arbeitslosen seien keine zerstörten Provinzen. Amerika habe nicht den Wunsch, den Anteil an der Verantwortung seines eigenen Vertreters in diesem unglücklichen Werk zu verleugnen. Nach der Meinung Rahms habe die Einsicht, daß die Vereinigten Staaten moralisch sich nicht von den Angelegenheiten Europas abwenden könnten, an Boden gewonnen und eine deutsche Gestalt angenommen. Es kann gehofft und erwartet werden, daß unter der Führung Harbings und des Staatssekretärs Hughes diese Einsicht eine greifbare Gestalt annehme.

Neue Forderungen der Militärkontroll-Kommission.

Berlin, 24. Mai. Die interalliierte Militärkontrollkommission hat der Reichsregierung ausgegeben, die Schutzpolizei als Grenzschutz in Ostpreußen aufzuheben und durch Reichswehr zu ersetzen. Die Reichsregierung hat dagegen die schärfsten Bedenken vorgebracht, daß es sich bei den Schutzpolizeibeamten um ältere und erfahrene Leute handelt, denen es vornehmlich obliegt, durch eine Kontrolle die Einschleppung von Seuchen zu verhindern. Deutschland bilde heute tatsächlich den einzigen Wall gegen die Verseuchung Europas von Osten her. Die Reichswehrsoldaten, meist junge Leute ohne Lebenserfahrung, würden dieser Aufgabe in keiner Weise gerecht werden können. Man darf hoffen, daß die interalliierte Militärkommission, mit der neue Verhandlungen aufgenommen worden sind, sich diesen außerordentlich schwerwiegenden sozialhygienischen Einwendungen nicht verschließen wird.

Dr. Benesch über Genua.

Berlin, 24. Mai. Dr. Benesch ging, wie aus Prag gemeldet wird, in der Kammer eingehend auf die Verhandlungen in Genua ein. Er führte u. a. aus: Die tschecho-slowakische Regierung vertrete eine Politik der mittleren Linie. Sie wünsche Beziehungen mit den Sowjets anzuknüpfen. Sie trete für eine allmähliche Regelung der Mitarbeit Rußlands ein, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete, wobei die wesentlichen Ergebnisse der russischen Revolution aufrecht erhalten werden könnten und dadurch die Mitarbeit aller Schichten des russischen Volkes schrittweise ermöglicht werde. Er sprach dann über die Krise in der Entente. Es handle sich nicht um eine Auflösung der bisherigen Bündnisse. In Deutschland sei man sich bewußt, daß eine feste französisch-englische Politik für Deutschland eine bessere Möglichkeit zur wirtschaftlichen Rekonstruktion, zu einer maßvollen Lösung der Reparationsfrage und zu einer ruhigen politischen Entwicklung in den künftigen Jahren ergibt. Deutschland und Rußland seien heute noch keine geeigneten Kontrahenten für eine neue Allianz. Die Tschecho-Slowakei — so stellte Dr. Benesch fest — sei kein Vasall Frankreichs, und sie verfolge keine reaktionären Ziele. Die Kleine Entente und Polen seien vollkommen einheitslich vorgegangen. Es bestehe der Wunsch, daß diese Zusammenarbeit auch in der Zukunft erhalten bleibe.

Die Gründung des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes.

Am Himmelfahrtstage wird sich in Wittenberg in der Schloßkirche am Grabe Luthers die Gründung eines Deutschen Evangelischen Kirchenbundes und damit ein kirchengeschichtliches Ereignis für den deutschen Protestantismus vollziehen.

Zweimal hat man es ernsthaft und doch vergeblich versucht, die zahlreichen kleinen und großen evangelischen Landeskirchen Deutschlands zu einer Reichskirche oder doch zu einem Kirchenbund zusammenzuschließen. Am die Mitte des vorigen Jahrhunderts ging durch das unruhige Streben nach einem einzigen deutschen Vaterland auch der Versuch zur Errichtung einer evangelischen gemeinsamen Kirche. Nach der Einigung der deutschen Lande zum Deutschen Reich wurde zum zweiten Male der Versuch gemacht, der selber ebenfalls scheiterte. Nachdem die neue Reichsverfassung die Zuständigkeiten des Reiches auf Religions- und Kirchenfragen erweiterte, mußte notwendig ein engerer Zusammenschluß der Landeskirchen erfolgen und so wurde am 15. September 1921 einstimmig vom 2. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Stuttgart sowohl der Entwurf einer Verfassung des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes wie auch ein Kirchenbündnisvertrag angenommen. Dieser Kirchenbündnisvertrag wird nunmehr von 30 bevollmächtigten Vertretern aller deutschen Landeskirchen in Wittenberg vollzogen werden und damit hat die deutsche evangelische Kirche ihren Zusammenschluß gefunden. Eine Reichskirche, die manche hofften, ist es nicht geworden, auch keine Bundeskirche, die viele erstrebten, aber doch wurde ein Kirchenbund errichtet.

Unter dem Vorbehalt der vollen Selbständigkeit der verbündeten Kirchen in Bekenntnis, Verfassung und Verwaltung wird der Zweck des Bundes dahin festgelegt, daß er dienen soll: 1. dem engen und dauernden Zusammenschluß zu gemeinsamer Interessenvertretung, 2. der Pflege des Gesamtbewußtseins des deutschen Protestantismus und 3. der Geltendmachung der religiös-sittlichen Weltanschauung der deutschen Reformation im öffentlichen Leben.

Die Organisation des Bundes setzt sich zusammen 1. aus einer Vertretung der synodalen Kräfte: dem Kirchentag, der 210 Mitglieder hat, 2. aus einer Vertretung der Kirchenregierungen: dem Kirchenbundesrat, und 3. aus einem aus beiden gemischtem Vollzugsorgan: dem Kirchenausschuss. Zwischen dem synodalen und Kirchenregimentlichen Organ ist ein volles Gleichgewicht vor allem dadurch hergestellt, daß beide Körperschaften das Recht gesetzgeberischer Initiative haben und daß Bundesgesetze nur durch Zusammenwirken beider zustande kommen können.

Das Elend der deutschen Kolonien.

Man ist, solange wir sie hatten, in Deutschland unserer Kolonien nie eigentlich gerecht geworden. Den Kolonien nicht und überhaupt der ganzen kolonialistischen Arbeit nicht. Die Unsitte, auch die großen Probleme von Weltwirtschaft und Weltpolitik (und die kolonialen Fragen werden in gewissem Umfang immer mit ihnen sich berühren) durch die Parteibrille zu sehen, tobte fast auf diesem Feld mit jüher Hartnäckigkeit sich aus. Ihr gesellte sich eine andere Unart: die sentimentale, im tiefsten Sinn unrealistische Betrachtungsweise, die Menschen und Dinge im afrikanischen Busch grundsätzlich nach heimischem Maßstab maß und die Beamte, die man über Wilde gesetzt hatte, die wie in Neuguinea gestern noch Kannibalen waren, nicht anders zu beurteilen geneigt war als etwa einen pommerschen Regierungspräsidenten oder einen ostpreussischen Landrat. Es hat Parteien gegeben, für die das Interesse an unseren Kolonien sich in der Aufzählung von „Fällen“ erschöpfte und die in ihr Fraktionspaßbuch beklammert Absuhr und soundsovielte Brutios eintrugen, wenn eine Staatsausprache im Reichstag einmal ohne Kolonialskandal ausgegangen war. Natürlich hätte ein im Krieg geschlagenes Deutschland auch ohne dieser Ausschreitungen seine Kolonien verloren: dazu waren die Raubinstinkte zu lebhaft und die Gelegenheiten zu günstig. Aber erleichtert hat diese moralinsaure, philsopherhafte Kritikalerei unseren Feinden ihr Werk. Indem sie wegen „grausamer Unterdrückung, willkürlicher Requisitionen und verschiedener Formen der Zwangsarbeit“ Deutschland den Vorwurf auf seine überseeischen Besitzungen abwarfen, konnten sie — leider — auf die Anlagen deutscher Reichstagsabgeordneter sich berufen. Und sie haben es getan.

An alles das wird man mit schmerzlicher Beschämung durch die kleine Schrift erinnert, die der unermüdet für sein Lebenswerk werbende und wirkende Dr. Heinrich Schnee, der letzte Gouverneur von Deutschostafrika, uns vorlegt. Der hat mit emsigem Fleiß gesammelt, was sich an Schilderungen über den damaligen Zustand unserer früheren Kolonien auffinden ließ: Spärliches aus deutschen Quellen, weit mehr aus den amtlichen Berichten von Engländern und Franzosen, aus den Aufzeichnungen ihrer Minister und Abgeordneten und den Mitteilungen der fremden Presse. Und was sich dabei ergibt, aus dem Munde dieser unerbüßlichen Zeugen, denen jedes Wort der Anerkennung sicherlich nur widerwillig sich entringt, ist eine glänzende Rechtfertigung der deutschen Verwaltung und der in ihr schaffenden Männer. Sie mögen bisweilen ein wenig rauh gewesen sein und ihre Verwaltung bewegte gewiß sich nur in patriarchalischen Formen. Aber es war jener Patriarchismus, den kein Volk, selbst die christlichen Völker nicht, in den Anfangsstadien der Zivilisation entbehren kann. Der die Fürsorge für die Eingeborenen, zunächst die leibliche, dann die seelische, als sittliche Pflicht empfand und, indem er gegen Seuchen und Pestherden ankämpfte, Verkehrswege bohrte, die Bevölkerung beschützte und an planmäßige Arbeit gewöhnte, sie langsam, aber stetig den Pfad zur Ziviltation heraufzuführen unternahm. In Ostafrika war die Schloßfreiheit in dem einen Hauptberd, am Viktoriassee, vor dem Krieg völlig erloschen. Auch am Tanganjika war über Jahr und Tag mit ihrem Verschwinden zu rechnen. Heute, unter der Herrschaft der Belgier, grassiert sie trauer denn je zuvor und in Kamerun bekämpft die französische Verwaltung sogar noch offen ihr vollständiges Unvermögen. Der amtliche Bericht heißt die deutsche Schloßfreiheitseinkämpfung einen „travail gigantesque, travail colossal, absolument irréalisable“. Das ist ein wenig überschüssig ausgedrückt, ist aber dennoch falsch. Was deutscher Arbeit im Osten gelang, wäre ihr wohl auch im Westen des schwarzen Erdteils geblüht. Aber hier setzte sie, mit einem großen Stab besonders vorgebildeter, mit den modernsten Erzeugnissen ausgerüsteter Werkze, erst 1913 ein. 1914 aber kam der Krieg und 1918 fiel das Gebiet in die Hand der Feinde. Indes ist das nur ein Teilschnitt aus dem Bild der Zerstörung und Vernichtung, das unter der sogenannten Vormundhaft der „fortgeschrittenen Nationen“ unsere ehemaligen Kolonien bieten. Überall in Deutschost- und Südwest, in Togo und Kamerun, in Neuguinea und Samoa und auf den Südeleinseln das gleiche Verfall. Die Kulturen verkommen und verkommen. Ehedem überaus wohl prosperierende Pflanzungen werden kaum noch betrieben. Handel und Wirtschaft gehen zurück. Eisenbahnbauten, die vor dem Krieg begonnen wurden, werden nicht weiter geführt, auch die vorhandenen Bahnen stehen aus Mangel an Verkehr langsam dahin. Die Bevölkerung aber wird, zumal wo Franzosen und Belgier, in der Phrasologie der Völkerbundsdekretion zu reden, die heilige Aufgabe der Zivilisation auf sich nehmen, durch Steuern ausgenommen, durch einen harten Arbeitszwang geknecht, in den Schulen ihrer eigenen Sprache beraubt und darüber hinaus, nebenbei in ausgesprochenem Gegensatz zu derselben Völkerbundsdekretion, zum Heeresdienst gepreßt. Kein Wunder, daß die Eingeborenen sich nach dem deutschen Regiment zurücksehnen. Als man 1918 in Ostafrika eine Art Probebestimmung unter der Bevölkerung versuchte, ob sie englisch werden wollte, fiel die so ungünstig aus, daß man es für ratsam hielt, die Befragung abzubrechen. Die Samoaner aber, denen die neuseeländische Regierung die spanische Grippe ins Land gebracht hatte und die im Zeichen des Fortschritts und der Zivilisation hatten mit ansehen müssen, wie der vierte Teil ihres Volkes zurunde ging, haben noch im vorigen Sommer in zwei Petitionen dem König von England höflich, aber deutlich zu Gemüte geführt, daß sie unter deutschem Schutz sich sehr wohl befänden, daß sie mit der von Neuseeland erlassenen Konstitution durchaus unzufrieden wären und, wie das früher geschah, von der Regierung künftighin befreit zu werden wünschten.

Man braucht trotz den sehr unfauberen Schiedungen französischer Beamter und Abgeordneter, deren Schauplatz Togo, unser koloniales Musterland von einst, war, nicht von vornherein bösen Willen bei den jetzigen Mandatsinhabern anzunehmen. Aber zum Teil gehören sie wirklich nicht zu den fortgeschrittenen Nationen, zum andern sind sie mit Kolonialbesitz überfrachtet und verfügen gar nicht über das Menschenmaterial, um für Neuwerbungen so pfleglich und so hingebend zu sorgen, wie Deutschland das möglich war. Die englischen Kolonien übertreffen das Mutterland um das 129fache, die französischen um das 21fache, die belgischen waren schon vor dem Krieg 81 mal so groß wie die Heimat und hatten doppelt so viel Bewohner: wo sollen sie noch Beamte und Pflanzler, Kaufleute und Ärzte, ja selbst auch nur Geld hernehmen für die neuen Gebiete? Die Deutschen aber hat man, das einzige Deutschsüdwest ausgenommen, allerorten mit grauer Härte ausgegraben. Gouverneur Schnee zieht aus dieser trübseligen Bestandsaufnahme den Schluss: man müsse an den Völkerbundsrat appellieren, ihn veranlassen, auf Grund des Artikel 22 seiner Satzung den Rat unparteiisch zu prüfen. Dann könnte das Ende nur sein: die Empfehlung einer Rückgabe der Kolonien an die Deutschen.

Indes wer glaubt bei dem dermaßigen Habitus des Völkerbundsrates an die Möglichkeit so unparteiischer Prüfung? Es wäre schon Gewinn, wenn mit der unfauberen Fiktion der Vormundschaft gebrochen würde, will sagen: wenn man den Wert der Kolonien, was die Alliierten durch die Form der Mandatsverwaltung hatten vermeiden wollen, auf die Kriegsentwädung anrechnete. Dann würde sich nämlich herausstellen, daß Deutschland, das angeblich zahlungsumwillig, längst aller Reparationsverpflichtungen ledig wurde, R. B.

Protest der Kolonialdeutschen.

BB. Berlin, 24. Mai. Ueber 3000 in Berlin versammelten Kolonialdeutschen, die Dank der brutalen Folgen des Friedensvertrages von Versailles aus der Stätte ihres Wirkens vertrieben und ihres Eigentums beraubt sind, erhoben Protest gegen die läugerliche Behauptung, daß Deutschland unfähig gewesen sei, seine Kolonien zu verwalten. Die Wirtschaft, die jetzt in den früheren deutschen Wirtschaftsgebieten herrscht, beweist, daß die jetzigen Machthaber nicht in der Lage sind, die Wünsche der Eingeborenen zu befriedigen und das Land kulturell wie wirtschaftlich zu bebauen. Wir fordern deshalb, daß uns die geraubten Kolonien zurückgegeben werden, damit Deutschland die so erfolgreich begonnene Arbeit zum Wohle der Menschheit fortsetzen kann.

Die D. V. P. gegen die Getreideumlage.

Der Kampf um die Getreidewirtschaft nähert sich seinem Ende. Die Stellungnahme der Parteien ist nunmehr endgültig zu übersehen. Der Zentrumsantrag im Hauptausschuß des Reichstags, der etwas verdeckt die Neuauflage der Umlage verlangte, ist mit den Stimmen aller Parteien, außer den beiden Rechtsparteien, angenommen und damit die alte Zwangswirtschafts-Wehrheit der Nationalversammlung wieder hergestellt worden. Dagegen hat die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beschlossen, sich unzweideutig gegen die Wiedereinführung eines Umlagerfahrens, das die Versorgung auf das schwerste bedroht, auszusprechen. Deshalb hat sie gemeinsam mit den Deutschnationalen bei der Erörterung des Ernährungsministeriums folgende Entschließung eingebracht:

„Die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Brotgetreide in Form einer öffentlichen Getreideumlage ist nicht mehr möglich. Jede Zwangsmahnahme blübert, wie die Erfahrung gelehrt hat, die notwendige Vermehrung der landwirtschaftlichen Erzeugung und gefährdet dadurch die dauernde Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung. Diese bedenklichen Folgen würden bei der Beibehaltung des Umlagerfahrens auch für dieses Jahr sich noch stärker geltend machen.“

Es sind daher Maßnahmen zu ergreifen, die dahin zielen, auf anderer Grundlage die Brotversorgung zu gewährleisten und das Notwendige dem Bedürfnis der wirtschaftlich schwachen Bevölkerung entsprechend zu verschaffen.“

Eine ungenügende sachliche und treffende Begründung enthält diese Auffassung noch nachträglich durch eine Entschließung.

ung, die der in Breslau tagende landwirtschaftliche Ausschuß der Deutschen Volkspartei des Wahlkreisverbandes Mittelschlesien angenommen hat und in der es u. a. heißt:

„Keine Form der staatlichen Bewirtschaftung ist in der Lage gewesen, sich den individuellen Bedürfnissen der verschiedenen Betriebs anzupassen, sondern hat verkehrt auf das gesamte Wirtschaftsleben (siehe Kriegswirtschaft) gewirkt. Kein Beruf ist wie die Landwirtschaft den Naturgewalten, wie Hagel, Dürre, Frostschäden, Viehseuchen u. dergl. ausgelegt. Alle diese Faktoren sind bei einer schematischen Bewirtschaftung keine Berücksichtigung. Keinem Berufsstande, außer der Landwirtschaft, wird eine derartige Sondersteuer zugemutet, wie sie durch Festlegung der Getreidepreise ohne Rücksicht auf Selbsterhaltung und Kosten der Betriebsmittel von der Landwirtschaft gefordert worden ist. In der Erwartung der Einlösung des im vorigen Jahre vom Reichsernährungsminister gegebenen Versprechens, daß die vorjährige Umlage den Uebergang zur völlig freien Wirtschaft darstellen sollte, hat die Landwirtschaft unter höchster Anspannung ihrer Kreditkündigung angenommen. Die Preise für Kunstdünger und andere Produktionsmittel wie Kohle, Eisen, Futtermittel usw. bestimmten die Produktionskosten. Durch das Verhalten der Reichsregierung im vorigen Wirtschaftsjahre hat die Landwirtschaft das Vertrauen zu ihr verloren. Sie hat damals die Preise für Umlagegetreide bei einem Dollarstande von 60 (nach eigener Angabe der Regierung ohne Untermergenzinn) festgelegt, aber der rapide einsetzenden Geldentwertung trotz wiederholter Vorstellungen und Bitten der Landwirtschaft in keiner Weise Rechnung getragen. Insofern die Umlage aus dem Umlagegetreide ist teils zu weit höheren Preisen als das abgelieferte Getreide, größtenteils überhaupt nicht den Landwirten zurückgeliefert worden. Nicht genug, daß die Landwirtschaft durch solche Maßnahmen stark geschädigt wurde, steht infolge des Fallens der Wert eine unbefristete Ausbeute von Industrie- und Handelsprodukten ein; die Landwirtschaft erhält die notwendigen Betriebsmittel nicht oder erst nach mehreren Monaten, nachdem wiederholte Vorauszahlungen erfolgt waren. Jeder Landwirt, der durch alle diese Vorgänge schwer geschädigt wurde und selbst in züder Arbeit weil über den Aufstundendruck hinaus dem Boden unter dem Wechsel der Naturgewalten die Früchte abringt, wird es nie verstehen, daß alle Menschen gleichmäßig, auch die Soldatensoldaten, mit billigerem Brot auf seine Kosten versorgt werden. Wenn der für die Ernährung wichtigste Produktionszweig unter Zwang, die anderen dagegen frei gelassen werden, muß die als akute Erscheinung sich zeigende Nahrungsmittelnot eine chronische werden.“

Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

Hamburg, 23. Mai. Der zweite Verhandlungstag des Reichsverbandes der deutschen Industrie wurde eingeleitet durch die Diskussion über die beiden gestrigen Referate.

Im Rahmen der Diskussion sprach Staatssekretär August Müller über das russische Problem und über seine in längerem Aufenthalt in Rußland gewonnenen persönlichen Kenntnisse der dortigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. Er führte aus, es ließe sich nicht sagen, daß der Zusammenbruch des bolschewistischen Regiments erwünscht sei, weil diesem Zusammenbruch ein anarchisches Chaos folgen müßte. Wir müßten den Grundlag beobachten, es jedem Lande zu überlassen, seine Regierungsform zu finden und zu bestimmen. Dann aber könnten und müßten wir uns nachdrücklicher uns dagegen verwahren, daß die Bolschewisten sich in die weuropäischen Verhältnisse einmischen, um uns mit ihrem System zu beglücken. Ueber den Grad der Zerrüttung der russischen Volkswirtschaft machte sich kaum jemand eine zutreffende Vorstellung. Katastrophal sei der Zustand der Landwirtschaft. In den heutigen Hungergebieten seien nach Aufstellungen in Rußland befindlicher Gelehrter 1913 2340 Millionen Rubel erzeugt worden, 1921 nur noch 435 Millionen Rub. Die Russen gingen zwei Wege: Sie wollten KonzeSSIONen vergeben und gemischt-wirtschaftliche Gesellschaften begründen. Wer sich in diesen Prozeß einschalten wolle, müsse die Sonderbestimmungen, die mit zwei Formen verbunden seien, streng beachten. Niemand in Rußland wolle bei der Staatsbank Geld ein, nur barmlöse Deutsche! Denn diese Bank habe einen von ihr selbst bestimmten Zwangsauswechselfuß, der etwa ein Sechstel des Verkaufspreises ausmache. Ebenso bedenklich seien die Bestimmungen für eine KonzeSSIONsübertragung. Der KonzeSSIONär müsse als Entschädigung an den Staat nicht nur einen Teil seiner Produktion, sondern auch eine bestimmte Geldsumme zahlen; er sei also steuerpflichtig. Aber das direkte Steuerföhen in Rußland sei von niemand zu erfahren. Wichtig sei auch das Gebiet der Rechtsprechung. Man bemühe sich, aus dem Stadium der völligen Rechtslosigkeit herauszukommen und Gesetze zu schaffen. So sei auch ein allgemeines Obligationenrecht erlassen worden. Aber dieses Recht enthalte die Be-

stimmung, daß der Betrag für nichtig erklärt werden könne, wenn seine Beobachtung für den Staat offenbar nachteilig wäre. Es sei für die deutsche Industrie ein Gebot kluger Vorsicht, das russische Problem als eine große Aufgabe anzusehen, an der sie beteiligt sein müsse. Man müsse aber wissen, daß die Dinge in Rußland außerordentlich schwierig lägen, weil die Volkswirtschaft durch den Kommunismus außerordentlich ruiniert sei.

Dann folgte das Referat von Dr. Krämer über Industrie und Welthandel. Krämer behandelte die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, die Schöden der Zwangswirtschaft und betonte die Notwendigkeit einer Arbeit zum freien Handel. Industrie- und Handel gingen auseinander vorüber. Auf beiden Seiten gelte es darum, beizutragen, die Verhältnisse zu befestigen. Im Juni 1918 hätte Hamburg den deutschen Reichstag zu sich geladen, um zu zeigen, wie vernünftig die Zwangswirtschaft gewirkt habe. Heute sei die Zahl der ein- und auslaufenden Schiffe noch größer als im Frieden. Deutschland sei nach Genau gegangen in der Hoffnung, daß die Wirtschaft im Vordergrund der Verhandlungen stünde. Tatsächlich hätte sie auch nicht im Hintergrund gestanden. Die Erkenntnis dränge her vor, daß nur auf Grund Deutschlands alten Grundbügen der Wirtschaftsbegünstigung eine erfolgreiche Wirtschaft möglich sei. Ein einheitliches Zolltarifsystem sollte für die ganze Welt eingerichtet werden. Es gebe kaum ein Land, das von keinem Gegner wirtschaftlich so ruiniert worden sei, wie Deutschland. Der Verfall der Wirtschaft unterseide sich daher scharf vom Frankfurter Frieden. Deutschland sei verpflichtet, allen Nationen das Zolltarifbegünstigung einzuräumen, die es Deutschland aber klar und offen verweigert. Es werde notwendig sein, daß die deutsche Wirtschaft klare Richtlinien aufstelle. Das letzte Ziel der Verhandlungen sei die Rückkehr zu dem System des Protektionismus oder die Rückkehr zu dem alten System des Freihandels.

4 Berlin, 24. Mai. Die Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie wurde, wie aus Hamburg gedruckt wird, gestern geschlossen. Das geschäftsführende Präsidiummitglied des Reichsverbandes Dr. Sorge kam in seinem Schlusswort auf die etwaige Befragung des Ruhrgebietes durch die Franzosen zurück und machte in Bezug hierauf die bemerkenswerte Äußerung von der Verarmung mit starkem Beifall aufgenommen. Sollte die Befragung des Ruhrgebietes durch die Franzosen kommen, so ist zu erwarten, daß damit ein Gemälde und Schritt getan wird, dessen Folgen in ähnlicher Weise wie feinerzeit der politische Zug Napoleons nach Moskau verhängnisvoll auf seine Urheber, die Franzosen, zurückfallen würde.

Deutsches Reich.

Aus den Akten des Auswärtigen Amtes.

BB. Berlin, 23. Mai. Unter dem Titel „Die große Politik der europäischen Kabinette von 1871—1914“ beginnt demnächst eine Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes zu erscheinen. Die Drucklegung der ersten Bände dieses großen Altwerkes der deutschen Regierung ist jetzt beendet. Das Werk ist das Ergebnis der Öffnung der deutschen Reichsarchive.

Das diplomatische Aktenmaterial des deutschen Auswärtigen Amtes zur Geschichte der europäischen Politik in der Zeit vom Frankfurter Frieden bis zu Beginn des Weltkrieges soll hierher Definitivität übergeben werden. Die fertigen 6 Bände werden nach Erledigung der letzten technischen Arbeiten durch die Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin am 20. 8. dem Buchhandel ausgeliefert werden.

Das gesamte Aktenmaterial wird einen Umfang von 20—22 Bänden haben und 4 große Gruppen bilden, deren jede einen entscheidenden Abschnitt der Geschichte des letzten Jahrzehntes umfassen wird. Die erste jetzt fertiggestellte Gruppe enthält das Aktenmaterial der Zeit vom Frankfurter Frieden 1871 bis zur Entlassung des Fürsten Bismarck.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden.

Die Arbeitsmarktlage hat sich im ganzen (von den Streiks abgesehen) günstig entwickelt. Gesucht sind in der Metall- und Maschinenindustrie insbesondere Metallarbeiter und Gürtler, Feinmechaniker, Eisenreher und Glaserarbeiter. Was die andern Berufsgruppen betrifft, so besteht allgemein lebhafter Nachfrage nach Kräften aller Art aus dem Holz- und Schnitzstoffgewerbe, namentlich nach Schreibern, ferner nach Schneidern im Bekleidungs-gewerbe und nach gelerntem Bauarbeitern. Für un-gelernte Arbeiter hat sich etwas vermehrte Arbeitsgelegenheit, welche die Einstellung einer Anzahl bisher unterkulturer, werksloser ermöglichte. An weiblichen Kräften wurden namentlich Textilarbeiterinnen und gelerntes und un-gelerntes Küchen- und Hauspersonal für Private und für Gasthäuser bzw. Hotels benötigt.

Gewagtes Spiel

Roman von C. Leutgen-Horst.

(66) (Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Aber warum gehen Sie nicht? Sie brauchen doch nicht hierbleiben.“

„Ich brauche es nicht, aber — ich möchte es so gern. Ich muß doch aufpassen, daß der heimtückische Wassernix Sie nicht hineinzieht. Sehen Sie nur, diese Spiegelung dort unten, ganz zierend — wie im Gedicht!“ Dann deklamierte er:

„Lacht Dich der tiefe Himmel nicht,
Das feuchtverklärte Blau?
Lacht Dich Dein eigen Angesicht
Nicht her in ew'gen Lau?“

„Ach was, die Sorge können Sie sich sparen. An mir vergriff sich der Wassernix nicht. Was soll er denn dort unten mit sich einem emanzipierten Blaustrumpf? Und „verloren“ lasse ich mich nicht — auch durch die schönsten Sachen nicht. Ich bin doch kein einfältiger, verlebter Fischer!“

Mit einer heftigen Bewegung zog sie die Angel heraus und trübte dadurch den klaren Wasserpiegel.

Die Gegenheit demügend, sah sie nach der Schnur, um den Wurm zu befehen. Er fand ihn ganz falsch gemacht, aber er sagte nichts, um sie in ihrem Ehrgeiz nicht zu kränken.

„Solche Schlauberger!“ meinte er lachend. „Ihnen den Wurm so vom Haken zu ziehen, daß er in zwei Hälften herunterhängt und der ganze Haken frei liegt. Da sehen sie nur!“ rief er.

Dann warf er den Wurm fort und nahm aus der kleinen Blechbüchse einen anderen. Als er ihn aber „sachgemäß“, wie er sich ausdrückte, befestigen wollte, entriß ihm Asta das sich ringelnde Tier.

„Nein — das macht ein richtiger Angler sich selber!“ sagte sie bestimmt.

Er tat ihr den Willen und beobachtete sie dabel. „Nicht in die Seite! Von oben — hier ist der Kopf. So, so ist es richtig — daß sich der Wurm um den Haken schließt. Hu — wie Sie sich innerlich schütteln! Lassen Sie es mich doch machen, Fräulein Asta bittel!“

„Nein!“ erwiderte sie trohig. Und als sie damit vorschriftsmäßig zustande gekommen war, führte sie den Haken mit dem zappelnden Wurm zum Munde und spuckte dreimal darauf.

„Das gehört auch dazu — das tut ein richtiger Angler immer!“ erklärte sie lachend, als sie Erwins halb erstauntem, halb bewundrigem Blick begegnete.

„Woh! auch eine Weisheit ihres jüngsten Lehrers, des edlen Gartenjungen?“

Sie nickte zustimmend und warf die Angel ins Wasser. „Da — halten Sie, bitte, einmal die Siange, ich muß mir erst meine Regenwürmer-Pfoten abspülen.“

Er tat, wie sie verlangte. Doch kaum hatte sie sich gebückt und ihre Finger ins Wasser getaucht, so zuckte die Angel, und im nächsten Augenblick zog er einen schönen großen Barsch heraus.

Asta war aufgesprungen und stand wie erstarrt. Erst, als er ihr den vom Haken gelösten Fisch hinhielt, fand sie die Sprache wieder.

„Das nenne ich Hinterlist!“ grölkte sie, ihn mit den meergrünen Algenaugen argwöhnisch ansehend. „Ich mache mir mit der größten Selbstüberwindung den Regenwurm an, und — Sie ziehen den Fisch aus dem Wasser, und just den schönsten großen, der mich schon fortwährend genarrt hat! Deht können Sie mir zur Strafe dafür aber auch einen neuen Wurm an-machen!“

Völlständig geknickt und demütig kam er ihrem Befehl nach.

Und wieder flog die Angel ins Wasser, und wieder zuckte es bald darauf.

„Ziehen Sie — schnell!“ rief Erwin. Und zitternd vor freudiger Aufregung sah Asta einen Barsch von derselben Größe wie den ersten an der Schnur in der Luft zappeln.

Sie wollte ihn lassen, aber die Schnur war zu sehr ins Schwanken gekommen, und ehe sie es hindern konnte, flog der Fisch laut klatschend an Erwins Wangen, löste sich vom Haken, fiel auf die Brücke und schnellte, ehe Asta sich nach ihm bücken konnte, ins Wasser zurück.

„Au —!“ schrie Erwin, während Asta trotz ihres Vergers über den entwischten Fischling laut auslachen mußte.

„Warum stellen Sie sich auch gerade in den Weg! Solch ein prächtvoller Fisch! Es ist schändlich, daß der mir verloren gehen mußte.“

„Und mich bedauern Sie nicht?“ fragte er in kläglichem Ton, sich das Gesicht mit dem Taschentuche reibend. „Aber das sieht Ihnen ähnlich!“

„Bedauern? — Auch das noch! — Durch Ihre Schuld entwischte mir der schöne Fisch — und nun wollen Sie noch bedauern sein? Strafe haben Sie verdient, und Sie soll darin bestehen, daß Sie sich augenblicklich dort auf den Stuhl setzen und kein Wort mehr reden, bis ich es Ihnen erlaube.“

Sie war ihm nie so hübsch erschienen, und mit Augen, in denen seine Bewunderung für sie ganz deutlich geschrieben stand, sah er sie an.

„Fräulein Asta —!“ hat er, aber mit einem überausigen Lächeln, das ihr allerliebste stand, winkte sie ihm gebieterisch stillschweigen, und gehorham unterwarf er sich der ihm ge-dittierten Strafe.

Still und schweigend sah er auf seinem Stuhl, und Asta tat, als wäre sie allein. Sie mußte jetzt, wie der Köder befestigt werden mußte und hatte Glück. Ganz schnell hinderte einander fing sie noch mehrere Fische von derselben Art und begrüßte jeden mit einem lauten Jubelruf und einem triumphierenden Blick auf Erwin, der sich dann jedesmal mit lachend blickendem Augenausschlag triumphhaft den Mund zu-bielt, um das zur Bedingung gemachte Schweigen nicht zu brechen.

Belustigt sah er ihr zu, doch jedesmal, wenn ihr Blick ihn streifte, nahm er eine forciert erkühte Miene an. Er sah auch sie kämpfte mit dem Lachen. Nach jedem Fisch, den sie fing, hoffte er, sie würde ihm erklären, aber er irrte sich, und als er sich einmal vergaß und aussprang, um ihr den Fisch von der Angel abzunehmen, und ins Netz zu stecken, beobachtete sie ihm ganz energisch, flücht zu bleiben, sie täte das alles selber. „Selbst ist die Frau!“ lachte sie mutwillig.

Nach ungefähr einer halben Stunde zappelten fünf ziemlich starke Barsche in ihrem Netz. Da endigte sie gnädig das ihm auferlegte Schweigen.

„Ihre Ruhe ist nun zu Ende, Herr von Boh“, sagte sie ernsthaft. „Ich denke, diese fünf ganz netten Kette werden Ramsell zu Ihren tulinarischen Zwecken genügen. Sie können mir nun das Kompliment machen, daß ich doch zu engeln verftehe.“

Er machte von dieser Erlaubnis auch sofort so ausgiebigen Gebrauch, daß sie sich lachend die Ohren zuhielt.

„Hören Sie auf — um Himmels willen, hören Sie auf! So etwas sagt man doch keinem „Blaustrumpf“. Sie ent-sehlicher Spötter!“ schalt sie.

„Aber es ist kein Spott, Fräulein Asta, wirklich nicht!“ beteuerte er. „Wenn ich —“

„Hst —!“ machte sie, den Finger auf den Mund legend und nach dem Rohrwege zeigend, der in einiger Entfernung am See vorbeiführte. „Die Fürstin Warchinsky mit ihrer Gesellschaft!“ Was die beiden langweiligen Frauenmänner hier nur immer herumspionieren haben? Wir müssen ihnen zu interessant sein, sonst würden sie doch einmal einen anderen Weg wählen; es gibt ja noch mehr hübsche Spionier-nänge hier in der Nähe. Was geht sie denn das Reinhalten Gebiet an! Bee ärgert sich auch darüber, daß sie tun, wären sie hier zu Hause.“

(Fortsetzung folgt)

Infolge des morgigen Himmelfahrtstages erscheint die nächste Ausgabe unseres „General-Anzeigers“ am Freitag mittag.

Die neue badische Gemeindeordnung.

Vortrag des Oberbürgermeisters Dr. Watz-Helberberg auf dem Badischen Gemeindebeamtenstag. (Schluß.)

Die im alten Recht bereits bestehende Einrichtung der Kommis-

Bei besonderer Sorgfalt ausgestaltet sind in der neuen Ge-

Man hat, wie eingangs erwähnt, der neuen Gemeindeordnung

Es würde zu weit führen, auf andere Einzelheiten des neuen

Kritik glaubt ausüben zu dürfen, dennoch zugeben müssen, daß es

Städtische Nachrichten.

Die Wegführung der Schloßmöbel.

Eine städtische Abordnung, bestehend aus I. Bürger-

60jähriges Bestehen des Sängervereins „Sänger-

Dieses feierliche Fest konnte in diesen Tagen der Alltags-

Die Jubiläumsehrlichkeiten begannen am Sonntag morgen

spontane Ehrung eintrug. Der Sänger wurde beifällig aufgenom-

Mannheim im Schnellzugverkehr Nord-Süd. Nachdem die

G. Glockenweihe in Feudenheim. Die Feudenheimer ev. Kirche

Am Himmelfahrt. Vierzig Tage nach dem Osterfest begeht die

Verfrähter Handstage. Die sommerliche Temperatur, die in

Lukirol. Desertlich schnell sicher und schmerzlos. Hühneraugen. Hornhaut, Schwielen, Wunden. Je Apfelflecken, Drüsen, Herpes.

Storwechsel auf unseren Parkwiesen.

Anfangs Mai, also mitten in der Venz-Herrschaftszeit, stand

In der Morgenfrühe wie bei beginnender Dunkelheit, bei reg-

Im Verein mit dem blauen Wiesenfahel bildet die Wucher-

die Kinder unterhalten und ihnen die Augen für die Schönheiten

Kunst und Wissen.

aus der Kunsthalle. Die Kunsthalle bleibt an Christ Him-

Hermann Prell f. Unser Dresdner Kunstliebhaberstifter

Ein unbekanntes Jugendwerk Gerhart Hauptmanns. In

Einmal zum Fischen, als die Gegend verflucht und die Seen

Johannes Haarkou, der Rektor der skandinavischen Tonseher,

Ein politisches Konzert. Fritz Arkister, der seit einiger

Die Statistik der Stimmzettel. Die Frage, wieviel Männer

